

Chronik des Tages.

Die Reichsregierung hat in einer Note an das Parlament ihre Zustimmung zu den Reparationsleistungen für die Dauer des Moratoriums schriftlich ausgedrückt.

Das von der Reparationskommission gefällte Urteil für die neuen Kohlenlieferungen ist nach amtlicher Erklärung für Deutschland undrugsfähig.

Bismarck hat sich erklärt, mit Adolf George schon Anfang August über das deutsche Moratorium zu beraten.

Die bayerische Regierung wird eine eigene Verordnung erlassen, in der sie das materielle Recht des Reiches zum Schutz der Republik übernimmt, bei dem Volkswahlrecht jedoch die Befugnisse der Reichsbehörden in Bayern ausübt.

Der bayerische Handelsminister Hamm, der zur demokratischen Partei gehört, ist zurückgetreten, weil er die Haltung der bayerischen Regierung in der Frage der Schuldscheine nicht billigt.

Von der Reichsregierung wird bestätigt, daß die bayerische Regierung dem Reichsgeordneten Grafen Koch den Rücktritt nahegelegt habe.

Das Kohlendittat.

Durch den Verlust des oberösterreichischen Kohlenwerks und durch den künftigen Rückgang der Ruhrkohlenförderung hat sich die Kohlenversorgung der deutschen Bevölkerung in den letzten Wochen überaus schwierig gestaltet. Infolgedessen hat sich die deutsche Regierung gezwungen gesehen, bei der Reparationskommission um eine Herabsetzung der ihr ansehligen Kohlenlieferungen auf Reparationskonto zu bitten. Diese Herabsetzung der Reparationskommission ihre Entscheidung gefällt. Sie hat gegenüber der bisherigen Verpflichtung, 1916 000 Tonnen abzuliefern, diese monatliche Leistung im ganzen auf 1735 000 Tonnen — darunter 620 000 T. Kohl. und 100 000 T. Koksfeinrohle — herabgesetzt, während Deutschland einen Nachschub von mindestens 600 000 Tonnen erheben hatte. Diese Bitte war sehr wohl begründet, da die Einbußen durch die genannten Ursachen einen monatlichen Kohlenverlust von 3 325 000 Tonnen ergeben. Dabei wird unter anderem eine Menge von 125 000 Tonnen der besten oberösterreichischen Kohle verlangt und der deutschen Regierung anheimgegeben, diese von Polen zu kaufen. (1)

Was die Festsetzung der Menge anbetrifft, so ist die Ermäßigung völlig unzureichend, indem die deutsche Forderung auf Herabsetzung der monatlichen Leistung um rund 600 000 nur zu einem Drittel berücksichtigt ist. Durch diese geringfügige Herabsetzung des Lieferungsolls will die Reparationskommission der Welt offenbar einen Beweis ihres „Verständigungswillens“ geben. Und doch handelt es sich — wie stets nur um eine leere Geste, denn der Kern der Reparationslieferungen bildet nämlich das Sortenprogramm. Die Bevorzugung hochwertiger Kohle, besonders von Koks, war es, die den schwersten Druck auf das deutsche Wirtschaftsleben ausübte und die Reichsregierung veranlaßte, die Reparationskommission gerade hierfür dringend um Erleichterung gegenüber dem bisherigen Programm zu bitten. Und ausgerechnet in diesem Punkte ist keine Erleichterung, sondern eine Verschärfung eingetreten. Von den 300 000 Tonnen im August und 638 000 Tonnen im letzten Monat ist die Anforderung auf 620 000 T. Kohl. und 100 000 Tonnen Koksfeinrohle hinausgeschraubt, eine Menge, die unsere Eisenverhüttung schwer gefährdet, die jetzt schon auf die Koksfeinrohle angewiesen ist. Ein Bedarf dafür besteht bei den Alliierten nicht; Frankreich und Belgien haben so große Koksbestände, daß Mengen daraus von privater Seite der deutschen Industrie angeboten wurden. Die Erhöhung der Koksmenge ist demnach einfach der Versuch, der deutschen Industrie Produktionsmittel zu entziehen.

Geradezu ein Hohn auf die ganze Reparationspolitik ist es aber, wenn die Reparationskommission von Deutschland, einem der kohlreichsten Länder der Welt, verlangt, daß es, ohne in stand zu sein, seine Industrie mit Kohlen zu versorgen, noch für teures Geld im Ausland Kohlen kaufen soll, die dann in Frankreich und Belgien so billig verkauft werden, daß die französische und belgische Kohlenförderung kaum mehr bestehen kann.

Nach dem Urteil aller Sachverständigen ist die Erfüllung des neuen Programms der deutschen Kohlenlieferungen unmöglich. Wenn sich schon das alte Kohlenlieferungsprogramm in der Praxis als unüberwindlich erwiesen hat, so ist das neue Programm angesichts der veränderten Kohlenlage durch den Verlust von Oberösterreich erst recht nicht zu erfüllen. Das wissen die Franzosen selbst ganz genau. Aber gerade deshalb, weil sie dies wissen, bestehen sie darauf, dem ihnen liegt daran, eine „Verfestigung“ Deutschlands zu konstatieren, um — en Vorwand für die Sanktionen, insbesondere für die Besetzung des Ruhrgebietes, zu finden.

Gegen diese von Franz und Kahrler diktierte Kohlenforderungen wird die Reichsregierung ohne Zweifel Einspruch erheben. Eine Grundfrage hierfür bietet ihre gerade der Friedensvertrag von Versailles, der ausdrücklich vorsieht, daß die Reparationen der Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt sein müssen. Das Urteil der Reparationskommission läßt aber jede Rücksichtnahme auf die deutsche Wirtschaft vermissen und muß daher unbedingt abgelehnt werden.

Die christliche Mittelpartei.

Ein Aufruf der deutschen Zentrumspartei.

Schon seit längerer Zeit beschäftigt sich die Zentrumspartei mit dem Gedanken einer Umbildung des Zentrums zu einer großen christlichen Partei der Mitte. Es sei nur erinnert an die bekannten Bestrebungen Siegelwols und des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, die in der Schaffung einer großen deutschen Verfassungspartei die einzige Rettung Deutschlands aus dem innerpolitischen Verwahrlosung und Elend erblickten. Dieser Gedanke des Ausbaus des Zentrums hat dann feste Gestalt angenommen durch die Beschlüsse des Reichsparteitagessammlungs-

reunspartei, die bereits auf der Tagung vom 23. bis 25. Juni gefaßt, aber im Hinblick auf die Ermordung des Reichsministers Rathenau erst jetzt veröffentlicht werden. Im Namen des Vorstandes der deutschen Zentrumspartei erklärt der erste Vorsitzende Senatspräsident Dr. Marx einen Aufruf, der in seiner wichtigsten Sätzen folgendermaßen lautet:

„Die Vereinigung und Berechtigung unseres Parteiwesens ist eine Lebensfrage Deutschlands. Wir brauchen eine feste Partei, die durch Klarsicht, Haltung und Zusammengehörigkeit diese Partei muß die besten der neuen Zeit verkörpern, ohne das Gute der alten Zeit und die sittliche Werte, das Beste der alten und religiösen sozialen Aufgaben der Gegenwart zu verlieren. Die Trennung nach Klassen überwinden, die Stände und Konfessionen zum Wiederaufbau der politischen Arbeit zusammenführen. Sie muß treu zu der Verfassung stehen und ihre Wurzeln in allen Standesstellen haben. Die hier beschriebene politische Linie hat die Zentrumspartei tatsächlich eingehalten. Sie ist deshalb geeignet, sich zu dieser großen und starken Mitte auszuwandern und insbesondere auch den Kern der in letzter Zeit vielbesprochenen Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte abzugeben. Die obersten Instanzen der deutschen Zentrumspartei sind aus diesen Erwägungen heraus einmütig entschlossen, den grundsätzlichen fest vertretenen politischen Charakter der Partei bei den nächsten Wahlen auch nach außen hin klar und unabweislich zum Ausdruck zu bringen. Bei den nächsten Wahlen soll eine größere Zahl nichtkatholischer Kandidaten aufgestellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob diese eine entsprechende Anzahl von Wählern ihres Bekenntnisses hinter sich haben.“

Die Zentrumspartei ist eine deutsche Verfassungspartei, die weder vor den Grenzen einer Konfession, noch einer Klasse, noch eines Standes, noch eines Landes Halt macht. Ihre politische Arbeit gilt der Wiederaufstellung des deutschen Volkstums in einem starken Deutschen Reich, der Erhaltung der christlichen Kulturwelt.“

Die vom Reichsparteitagessammlungsaufruf erlassenen Richtlinien für die Vorkonferenzen enthalten die grundsätzlichen, aber wiedergegebenen Erklärungen des Aufrufs. Ferner betonte die Parteileitung die Notwendigkeit, einen „gütlichen, zentralen, politischen Profiteil“ zu unterhalten, ferner soll bei der Reichsleitung der Partei ein Reichswirtschaftsrat gebildet werden, der die Aufgabe hat, die Reichsleitung der Partei bei besonderen wirtschaftlichen Fragen zu beraten. Bei kommenden Wahlen hat der Reichswirtschaftsrat Vorschläge zu unterbreiten über die Kandidaten, die für die Vertretung der wirtschaftspolitischen Interessen nach den Grundlinien der Partei im Reichstage notwendig sind.“ Die Richtlinien enthalten ferner die Beschlüsse über die Aufstellung nichtkatholischer Kandidaten und den Aufruf an die Parteipresse, den politischen Teil der Redaktionen ausschließlich politisch zu gestalten.“

Die Vorsitzenden der Landes- und Provinzialorganisationskommissionen werden dringend gebeten, sich für die Durchführung dieser Beschlüsse einzusetzen.

Bayern und das Reich.

Eine bayerische Verordnung zum Schutz des Gesetzes.

Ueber die Durchführung des Schutzgesetzes im Reich bestehen bekanntlich tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und Bayern. Der bayerische Ministerat hat sich die Beschlüsse der Bayerischen Volkspartei, der die meisten Minister angehören, zu eigen gemacht. Diese Beschlüsse gehen dahin, das Schutzgesetz nicht von Reich wegen, sondern durch eine eigene bayerische Verordnung in Kraft zu setzen und nur durch bayerische Instanzen (also z. B. unter Ablehnung des Staatsgerichtshofes und der Reichskriminalpolizei) auszuführen zu lassen. Die bayerische Regierung glaubt sich bei diesem Vorgehen auf Artikel 48 der Reichsverfassung stützen zu können, wonach bei drohender Untertanengefahr die der Erlaß besonderer Ausnahmeverordnungen zuzuführt.

Austritt der Demokraten aus der Regierungskoalition.

Die Beschlüsse des Ministerrats werden am Dienstag dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt werden. Eine Mehrheit des Landtages für die Regierungspolitik ist vorhanden, da die Bayerische Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) die Beschlüsse der Bayerischen Volkspartei billigt und die Haltung der Regierung gutheißt. Die Demokraten jedoch erachten das bisherige Regierungsprogramm durch die Stellungnahme der Regierung für durchbrochen und die Regierungskoalition für gesprengt. Der demokratische Handelsminister Baum hat daher dem Ministerpräsidenten Verschiedenes seinen Rücktritt angezeigt. Das bedeutet den Austritt der Demokraten aus der bayerischen Regierungskoalition.

Der Bayerische Bauernbund wird erst noch Stellung nehmen. Reichsenerziehungsminister Feiler, der dem Bauernbund angehört, wird zu der Tagung in München erwartet. Bei der Schlussabstimmung über die Schutzgesetze im Reichstage hat Minister Feiler für die Weglassung seine Stimme abgegeben.

Das Reichskabinett über die bayerischen Vorkämpfe.

Das Reichskabinett ist am Montag vormittag zusammengetreten, um über die politische Lage zu beraten. Insbesondere stand die Haltung Bayerns zum Schutzgesetz zur Debatte. Das Reichsgericht zum Schutz der Republik ist bisher noch nicht verurteilt worden, also noch gar nicht in Kraft getreten. Das Reichskabinett wird sich heute für das gesamte Reichsgebiet, also auch für Bayern, entscheiden. Mit dem Tago des Reichskabinetts ist die jetzt angekündigte bayerische Sonderverordnung von selbst nichtig und ohne Rechtskraft, nach dem Grundsatze der Rückwirkung. Eine Verordnung zu erlassen, ist die bayerische Staatsregierung weislos beschieden, sofern sie sich im Rahmen der bestehenden Verfassung halten. Die Reichsverfassung räumt den Ländern ausdrücklich das Recht ein, selbständige Verordnungen zu erlassen. Es ist der Artikel 48 der Weimarer Verfassung, der den Landesregierungen die Vollmacht erteilt, bei Gefahr im Verzuge die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen

zu treffen. Die Vorkämpfe des Reichspräsidenten über das Reichstages sind sie jedoch alsdann außer Kraft zu setzen.

Die neuen Beamtengehälter.

Im Juli 24, im August 34 Prozent mehr. Bei den diesmahligen Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter ist in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Einigung zwischen der Regierung und den Vertretern der Epigenozentrationen erreicht worden. Die am Sonnabend im Reichsfinanzministerium begonnene Beratungen haben bereits am Sonntag früh zu einer Verständigung auf folgender Grundlage geführt:

Unter Berücksichtigung einerseits der Steigerung der Lebenshaltungskosten, andererseits aber der ersichtlich der Zustimmung des Reichskabinetts und der Angehörigen der Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter bezuglich der allgemeinen Steuerungsanschlag vom 1. Juli um 55 Prozent, also von 105 auf 160 Prozent, vom 1. August um 80 Prozent, also auf 185 Prozent erhöht wird. Das bedeutet eine Erhöhung der bisherigen Gesamtbezüge für Juli um rund 24 Prozent und für August um rund 34 Prozent.

Entsprechend dieser Regelung erfolgt die Erhöhung der Arbeiterlöhne. Die Verhandlungen hierüber wurden am 24. ds. Mts. fortgesetzt. Die Auszahlung der erhöhten Bezüge wird mit größter Beschleunigung erfolgen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 25. Juli 1922.

Der Zentrumsgewerbetreibende Hagen an — Danneberg, der nach dem Tode des Abg. Buntge für den Wahlkreis Westfalen im Reichstage einzutreten und gleichzeitig dem Preussischen Landtag angehört, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. An seine Stelle tritt der obdunenburgische Landtagsabgeordnete Kasse in den Reichstag ein.

— Nach belgischen Blättermeldungen hat der Führer der christlichen Sonderfraktion Smeets gelegentlich des belgischen Nationalkongresses ein Glückwunschsgramm an den König der Belgier geschickt. (1)

Die Finanzkontrolle von Deutschland endgültig angenommen.

Die deutsche Reichsregierung hat durch den Reichsfinanzminister an den Präsidenten des Garantie-

ausschusses ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich bereit erklärt, sich unter die Garantieforderungen der Reparationskommission „für die Dauer des Moratoriums“ zu unterwerfen. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß die Maßnahmen über die Nachprüfungen in Uebereinstimmung mit den Grundfragen zur Ausführung gelangen werden, welche bei der Befreiung der Bestimmungen leitend waren, nämlich Wahrung der Souveränität des Reichs, Aufrechterhaltung des ungehinderten Ganges der Verwaltung und Schutz des Steuer- und Geschäftseinkommens. Zum Schutze des Schreibens bittet die Reichsregierung das Garantieforschreibens, darauf hinzuwirken, daß die Entscheidung des Obersten Rates vom 13. August 1921 nun endlich durchgeführt wird. — Der Beschluß des Obersten Rates ging bekanntlich dahin, die wirtschaftlichen „Sanktionen“ unter dem Vorbehalt aufzuheben, daß Deutschland am 31. August seine Verpflichtungen erfüllen, d. h. gemäß dem Londoner Ultimatum eine Milliarde Goldmark bezahlen werde. Die Forderung der deutschen Regierung besteht hierin, daß nunmehr mit dem Abbau der „Sanktionen“, die nach der Zahlung der Milliarde trotz jenes Beschlusses in Kraft geblieben sind, die Ausfuhrabgabe, endlich beseitigt werden.

— Zwangsanteile und Zeichnungspflicht. Das nunmehr verabschiedete Gesetz über die Zwangsanteile sieht vor, daß diese vom 15. Juli ab gezeichnet werden können. Die Zeichnungspflicht beginnt erst bei Vermögen von über 100 000 Mark, darüber hinaus sind Vermögen bis zu 300 000 Mark frei, wenn sie hauptsächlich aus Kapitalvermögen bestehen und das für 1921 festgestellte Einkommen 40 000 Mark nicht übersteigt. Bei über 60 Jahre alten oder erwerbsunfähigen Rentnern erhöht sich die Freigrenze bis auf 1 Million Mark, wenn das Einkommen 60 000 Mark nicht übersteigt. Die Höhe des Vermögens bestimmt sich nach dem Wert, den es am 31. Dezember 1921 haben wird. Im übrigen sind nicht nur alle im Reich anwesenden Deutschen, sondern auch Nichtdeutsche mit Wohnsitz oder langdauerndem Aufenthalt im Deutschen Reich, juristische Personen und nicht rechtsfähige Personeneinrichtungen, deren Sitz oder Leistungsort im Inland liegt, zwangsanteilepflichtig.

— Deutsche Friedensbedingungen. Inläßlich der letzten Wiederkehr des Tages des Kriegsendes sind am Sonntag, den 30. Juli, in mehr als 200 Städten Deutschlands große Kundgebungen für den Weltfrieden unter der Parole „Die wieder Krieg“ statt. Am 29. und 30. Juli werden ähnliche Veranstaltungen auch in England, Frankreich, Holland, Dänemark, den Niederlanden, Schweden, in der Schweiz, in Portugal und in den Vereinigten Staaten von Amerika vor sich gehen. Die Berliner Kundgebung ist unter Führung des Aktionsausschusses „Die wieder Krieg“ von 30 Verbänden erschienen.

— Russische Regierungsveterinäre in Berlin. Otkinow, Krassin und Krestinski sowie die übrigen Mitglieder der russischen Delegation sind aus dem Haag kommend in Berlin eingetroffen. Die Delegation wird längere Zeit in Berlin verweilen, um die bereits im Haag angekündigten Scharverhandlungen mit den führenden europäischen Industriefirmen aufzunehmen.

— Was ist ein Galadegen? Durch die Verordnung III hat die Rheinlandkommission bestimmt, daß der Besitz und der Handel mit Waffen sowie der Verkauf derselben erlaubt ist, wenn es sich um Handwaffen, Feuerwaffen für Offiziere handelt. Zur Ausführung dieser Verordnung hat die Rheinlandkommission dem Reichsminister auf dessen Anfrage mitgeteilt, daß zu dem Galadegen im Sinne der Verordnung III die Galadegen, welche

... Beamte (Gleichbedeutende, Postbeamte usw.) ... ferner die sogenannten Colleurflügel der ...

... Neue Zeitungsverbote. Nachdem bereits vor ... eine Nummer der Zeitschrift „Der Auf ...“

... 2 Millionen Belohnung für die Ergreifung von ... Der Oberreichsanwalt teilt mit, daß eine ...

... 2 Millionen Belohnung für die Ergreifung von ... Der Oberreichsanwalt teilt mit, daß eine ...

Rundschau im Auslande.

Der Westfalenkongreß der Friedensgesellschaften ...

Das neue österreichische Beamtenabgabengesetz ...

Die französische Unterhändler in der Frage der ...

Bei der Nachwahl für das englische Unterhaus ...

Spitzen.

Noman von Paul Bindau. Copyright 1920 by Wemmanns Verlagsgesellschaft, Berlin W 66.

Herr Ulrich diktierte die Darstellung, die er eben dem Richter gegeben hatte, klar und vollständig dem Protokollführer und setzte seinen Namen darunter.

„Ich hoffe, man wird davon Abstand nehmen können. Eine bestimmte Zustimmung kann ich Ihnen nicht geben; vielleicht erachtet es die Verteidigung im Interesse eines der Angeklagten doch für notwendig, Euerer Durchlaucht laden zu lassen.“

„Ich begreife vollkommen. Von Seiten der Staatsanwaltschaft wird keinesfalls die Zeugnisaussage Euerer Durchlaucht beantragt werden; sobald die Verteidiger der Angeklagten bekannt sind, werde ich Euerer Durchlaucht Kenntnis davon geben.“

... Truppen in Frankreich Stms ohne Gegenstand ...

Die Sowjetrepublik Georgien, Armenien und Aserbaidschan haben sich zu einem „Transkaukasischen Bundesstaat“ zusammenschlossen.

Frankreich: Poincaré leutet ein.

Die Reparationsfrage hat sich infolgedessen entspannt, als Poincaré trotz seiner dem französischen Vertreter in der Reparationskommission ...

Irland: Guerillakrieg der Aufständischen.

Die irische Regierung sträubt sich gegenwärtig auf Corc vor, wo sich der letzte große Stillpunkt der Aufständischen befindet.

Vereinigte Staaten: Kohlenzufuhr trotz des Kohlenarbeiterstreiks.

Nach einer Meldung aus Washington ist das Schiffahrtsamt wegen des Kohlenarbeiterstreiks Vorkehrungen, um eine Flotte von gegenwärtig nicht in Fahrt befindlichen Schiffen bereit zu stellen.

Soziales.

Ausschuss für Alkoholverbot in Teutland hat sich dieser Tage in Darmstadt gebildet. Seine Leitung liegt in den Händen des früheren hessischen Unterrichtsministers Dr. Strecker.

Aus Stadt und Land.

Die Stilllegung der deutschen Seeschifffahrt. Seit über drei Wochen schon dauert der am 1. Juli ausgetretene Streik des gesamten deutschen Personals der deutschen Reedereien, ohne daß eine Aussicht auf Beilegung des Streiks besteht.

Ein schweres Automobilunglück hat sich auf der Chaussee zwischen Eberswalde und Berlin zugezogen. Zwei Kraftwagen befanden sich in voller Fahrt, als der hintere Wagen den vorderen überholen wollte.

sehr vertraut hatte, vernichtet haben. Lieber wollte er selbst an seiner Unwahrheit zugrunde gehen.

XIV.

Der Frühling war da. Schon mit Ende des Jahres hatten Herr von Gschloß und die Seinigen Berlin verlassen und waren nach Menthin zurückgekehrt. Die Beziehungen zwischen Alig und Ulrich hatten sich zu immer herzlicheren und vertraulicheren gestaltet.

Ulrich begegnete sich mit seinen künftigen Schwiegereltern in dem Wunsch, nichts zu überreden. Er hatte für die nächsten Wochen im Sinne noch sehr zu tun, dann aber als Anerkennung seiner anstrengenden und wie er sich hienachseln durfte, nicht erfolglosen Tätigkeit eine bedeutende Verbesserung zu erwarten.

... mottung und spielte sich in dem Berliner Vorort Tem ...

Milliardenerbschaft der Goethe-Gesellschaft. Ein Fräulein Marianne Seiden aus Essen hat ihr gesamtes Vermögen im Betrage von etwa 12 Millionen Mark der Goethe-Gesellschaft letztwillig vermacht.

Ein jugendlicher Verbrecher. Bei einer Forderung Bank hob der aus Hamm gebürtige 16-jährige Lehrling Otto Schulmacher auf einen gefälschten Scheck 250 000 Mark in Zehntausendmarktscheinen ab.

Große Unterschlagungen in einem Berliner Vorort-Postamt. Von der Berliner Kriminalpolizei wurden in dem Postamt Wilmerdorf planmäßige Diebstahle, die bis 1920 zurückgehen, aufgedeckt.

Anbestärungen in München. In München wurde eine Gruppe von 60 jüngeren Leuten unter Leitung von antisemitischen Veedern einige Häuser in der Strafen und böbelten den zufällig vorbeikomenden Landtagsabgeordneten Auer an.

Kommunisten gegen Studenten. In Glasthapa bländerten bei der Demonstration der kommunistischen Arbeiterjugend des Harzer Unterbezirks die Kommunisten die Häuser und Gasthöfe der studentischen Korporationen der Bergakademie Clausthal und verbrannten deren Möbel und Embleme.

Schweres Straßenunlück bei München. In dem Münchener Vorort Solln ereignete sich ein schweres Verkehrsunlück, indem ein Motorradfahrer von einem Lastkraftwagen übertrampelt wurde.

Sozialistische Demonstrationen in Kattowitz. Bei einer Demonstration, die am Sonntag in Kattowitz von den sozialistischen Parteien gegen die Ministerpräsidentenschaft Korfantsch veranstaltet wurde, kam es zu Zwischenfällen. Parteigänger Korfantsch verletzten

... bedürfe, sich dennoch bereit erkläre, nimmend ...

Die öffentliche Verhandlung wurde nun folgend angefangen.

Der Vorsitzende, der Staatsanwalt und die Verteidiger einigen sich darüber, das Bestreben der Angeklagten, ihre verbrecherischen Taten durch Hineinziehen von Dingen, die mit dem Diebstahl nichts zu schaffen hatten, zu verwirren, kurzer Hand zu vereiteln, die schwer geschädigte leidende Frau Gräfin in jeder Weise zu schonen und die ganze Sache, die sonnenklar war, möglichst schnell und geräuschlos abzutun.

So fand den Mitte April die öffentliche Verhandlung statt. Der kleine Raum der Führer in der Strafammer war kaum von einem Duzend Personen gewohnheitsmäßiger Gerichtsbefucher aus den niederen Ständen besetzt.

Die Angeklagten: Kammerdiener Johann Gotte (31 Jahre alt), Kolporteur Fritz Wildke (33 Jahre), Kammerjungfer Bertha Schmidt (26 Jahre), Hofe Woodell, ohne Geschäft (23 Jahre) und Kommissar Eduard Freeder (58 Jahre) wurden eingekerkert und nahmen hinter dem vergitterten Raume Platz. Die feindlichen Parteien warfen sich groellende Wüde zu. Jeder der Angeklagten hielt seine Partie für rettungslos verloren, und ein jeder war bestrebt, dem anderen die Hauptschuld aufzuladen.

ten, den Demonstrationen zu Prengeln. Nach einem Handgemein befehlten die Demonstranten die Oberhand, und die Demonstration konnte in Ruhe zu Ende geführt werden.

Flugunglück in Norwegen. Der Flieger Gelsen flügte in der Nähe von Namafos mit seinem Flugzeug ab. Gelsen und einer der beiden an Bord befindlichen Passagiere wurden getötet, der andere Passagier wurde schwer verletzt.

100 Kronen für einen Brief. Der Hauptanspruch des österreichischen Nationalrates hat der Regierung die Ermächtigung erteilt, selbstständig die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telefongebühren nach dem Stand der Kronenwertberichtigung vorzunehmen. Im Postverkehr sollen die Tarife verdreifacht werden, so daß ein einfacher Brief in Österreich und nach Deutschland statt wie bisher 25 Kronen 100 Kronen, eine Postkarte 50 Kronen, ein Brief nach dem Ausland statt wie bisher 75 Kronen 300 Kronen kosten wird, mehr als das Dausendfache des Friedensarfs.

Folgenschweres Straßenbahnunglück in London. Bei einem Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Lastwagen in London, bei dem der Straßenbahnwagen kippte, wurden 30 Personen verletzt.

Zusammenbruch einer amerikanischen Großfirma. Einen gewaltigen Zusammenbruch erleidet die amerikanische Großfirma Alton Ryan. Der Inhaber der Firma Ryan, dessen Vater unter dem Namen „der König der Zukunft“ bekannt war, hat den Konkurs erklärt unter Vorweisung einer Bilanz, die ein Passivum von annähernd 32 1/2 Millionen Dollars verzeichnet, gegenüber einem Aktivum von kaum 650 000 Dollars. Ryan war bereits vor längerer Zeit wegen Spekulationsmanövern aus der Stock Exchange (Effektenbörse) ausgeschlossen worden.

Schweres Zugunglück bei Bagdad. 8 Meilen südlich von Bagdad wurden bei einem Zugzusammenstoß 7 Personen getötet, darunter ein englischer Ingenieur, und 14 Personen verwundet.

Kleine Nachrichten.

Mit dem 25. Juli wird der Paketverkehr zwischen Deutschland und nach Polnisch-Oberschlesien und in umgekehrter Richtung aufgenommen.

Der Landarbeiterstreik im Kreise Stendal hat jetzt auch auf die Kreise Gardelegen, Salzwedel, Dierburg, Neudamleben, Jericho 1 und Wolmirstedt übergriffen.

Ueber das Rhein-Main-Gebiet gingen heftige Unwetter mit schweren Regenschauern nieder, die einen erheblichen Ernteschaden anrichteten.

Die großen Anlagen des Semmering-Eisenbahnbauwerks werden in Zukunft friedlichen Zwecken dienen. Der Kreis Badenorn hat mit der Kultivierung der Semme auf einem 500 Morgen großen Gelände begonnen.

Bei Danzerort wurde ein Jernschiffchen, dessen Name nicht ermittelt werden konnte, fliegend treibend gesehen; seine Masten waren abgebrochen. Es wird angenommen, daß die Mannschaft ertrunken ist.

Das polnische Segelschiff „Sowu“ ist mit einer Munitionsladung in dem Danziger Hafen eingetroffen. Da die Frage der Munitionskontrolle in Danziger Hafen noch nicht geregelt ist, hat der Polizeipräsident ausnahmsweise als Wächter der Ladung gestattet.

Gerichtssaal.

Hohes Geldstrafe für einen ungemessenen Witz. Von der Strafkammer in Stuttgart wurde der Witzler Schultheiß Kümmler aus Strumpfelbach wegen Vergehens gegen das Weinsteuergesetz zu 330 000 Mark Geldstrafe verurteilt, aber von der Auflage des Betrages und der Untreue freigesprochen. Der Verurteilte hatte unrichtige Angaben über die Höhe der Weinpreije gemacht.

Französische Militärstrafe. Das Kriegsgericht des 30. französischen Armeekorps in Wiesbaden verurteilte mehrere Deutsche, die gegenwärtig einer Raubbegehung in Höchst am Main mit französischen Soldaten in Streit gerieten und diese verurteilten zu Gefängnisstrafen von 1 bezw. 2 Jahren, außerdem noch einen der Deutschen zu 200 Kronen Geldstrafe.

Optiken.

Roman von Paul Lindau. Lopyright 1920 by Wiemanns Verlag, Berlin W 66.

Der Gräfin Juliane und ihren Begleitern: dem Präsidenten und Geheimrat Dr. Lohausen, hatte der Vorsitzende sein Zimmer zur Verfügung gestellt. Dieselbe Begünstigung hatte er auch dem Fürsten von Engenheim eingeräumt. Der Fürst hatte indessen von diesem gütigen Anerbieten keinen Gebrauch gemacht und war feigeigam auf dem Korridor auf und abgegangen.

Er grüßte tief, als die Gräfin, auf den Arm ihres Mannes gestützt und von ihrem Kutscher gefolgt, an ihn vorüberging und in die vom Kaminist geöffnete Tür des Verhandlungsraumes trat. Es durchschauerte ihn eilig.

Es war das erste Wiedersehen! Was war aus der armen Juliane geworden! In diesem lebensfrischen, übermühten, beweglichen Wesen mit den glühenden Augen und den unendlichen, ihre Gesichtszüge war fast, ihr Auge erloschen, und träge schwerfällig und matt schleppte sie sich daher. Eine Gräfin von fünfundsiebzig Jahren!

Auch auf die Herren von Gericht machte das Erscheinen der unglücklichen Frau einen tiefen Eindruck, und selbst Vertha bedachte jetzt ihre Augen und schluchzte heftig.

Der Vorsitzende ließ die Stühle vorrücken und wat die Frau Zeugin mit ausdrücklicher, milder Stimme, sich zu setzen, da sie sich offenbar noch sehr angegriffen fühlte. Er ernannte seine Gezellen, den Herrn Grafen Hensch und den Hausarzt, neben der Frau Gräfin Platz zu nehmen.

Langsam und ziemlich leise sagte der Vorsitzende, nachdem er die Personalien erledigt hatte und der Eid geleistet worden war: „Ich werde mich bemühen, das Verhör auf das Wesentliche zu beschränken. Das Tatsächliche ist durch die Untersuchung und die Befragnisse der Angeklagten in allem Wichtigsten festgestellt worden. Die Frau Requin wird nun zu erklären haben,

Volkswirtschaft.

Berlin, 24. Juli. (Börse.) An der Börse war der Julaus zum Dollar-Markt wieder sehr groß. Allerdings verfiel der Dollar den Kurs 525, als die Börse matt einsetzte, und fiel teilweise auf 490. Man führte das Sinken des Dollars auf die Haltung Polinars in der Moratorienfrage zurück. Am allgemeinen war die Stimmung unruhig. Die Kursentwicklung war ungleichmäßig bei meist beschleunigten Veränderungen.

Der Stand der Markt. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	24. 7.	22. 7.	1914
100 Holländische Gulden	10625	19674	167.-
100 Belgische Franken		4019	80.-
100 Dänische Kronen	10861	10911	112.-
100 Schwedische Kronen	13008	13183	112.-
100 Italienische Lire		2357	80.-
1 englische Pfund	2237	2263	20.-
1 Dollar	502	507	4.20
100 Französische Franken		4254	80.-
100 Schweizerische Franken		9697	80.-
100 Tschechische Kronen	1085	1088	—

Berlin, 24. Juli. (Warenm.) Amilische Notierungen der Vorkaufsbörse für je 50 Kilo ab Station: Sommergerste 1050, Wintergerste 1025, Mais 2a 1010, Roggenmehl (100 Kilo) 2900—3150, Weizenmehl (100 Kilo) 2050—2225, Weizenkeime 700, Roggenkeime 700—710, Hafer 1900—2000, Kleinfest 1900 bis 2000, Viktoriaerbsen 1350—1500, kleine Speiseerbsen 1100—1225, Futtererbsen, Pflanzbohnen und Ackerbohnen 1000—1025, Bohnen 900—1100, Lupinen 750—765, Petrusbohnen 1100—1125, Trockenfenchel 640—690, Vollweizen 400—420, Weizen 400—420, Gerste 400—420, Hafer 200—220, Weizenklein 200—220, Weizenstroh 185—210, Haferstroh 205—230, gebündeltes Krummrohr 170—190, Häcksel 200—285, handelsübliches Heu 380—420, gutes Heu 420—490 Mark.

Lozales.

Gedenktafel für den 25. Juli.

1799 Sieg Napoleons I. über die Türken bei Murr — 1800 — Der Botaniker Heinrich Robert Schimper in Spvritau († 1884) — 1848 Sieg Napoleons über Karl Albert von Savoyen bei Golluth — Der sächsische Richter Dittmar Sternhoff in Marburg († 1878) — 1850 Niederlage der Schleswig-Holsteiner gegen die Dänen bei Jönby — 1914 Abbruch der Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien — 1920 Die Griechen erobern Adrianopel.

Sport und Verkehr.

Der große Preis von Deutschland im 1000 Kilometer-Rennen. Der große Preis von Deutschland im 1000 Kilometer-Rennen in vier großen Etappen wurde in Köln von dem Berliner Adolf Hufsch in 38 Stunden, 33 Minuten 31 Sekunden genommen. Zweiter wurde Hohl-Berlin in 38 Stunden 33 Minuten 33 Sekunden, Dritter Siebert-Berlin in 38 Stunden 33 Minuten 56 Sekunden. Mit diesem Rennen hatte die große sächsische Sportwoche ihren Höhepunkt erreicht. Tausende von Zuschauern trafen in Köln ein.

Deutsches Arbeiter-Turn- und Sportfest Leipzig. Leipzig feiert gegenwärtig im Reich den 1. Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfestes. Mehr als hunderttausend Fremde drängen nach der Stadt gekommen sein. Das Fest selbst wurde durch Eröffnung der Bundeskanzler und Kranzniederlegung an der Graben verstorbenen Bundesvorstandsmitglieder begonnen. Im Zoologischen Garten fand die offizielle Eröffnungsfest. In zahlreichen Lokalen der Stadt wurden Begrüßungsfeiern veranstaltet.

Bereine und Versammlungen.

Der Würzburger Studentenrat hat die neue Verfassung angenommen. Die neue Satzung fand Zustimmung bei 56 der 82 deutschen Einzelstudenten.

Warten; weitere zwei Studentenwarten werden sich ihre Zustimmung erklären. Nach Genehmigung der Satzungen führt man zur Neuwahl des Vorstandes. Der alte Vorstand der deutschen Studentenschaft hat an den Würzburger Studententag ein Schreiben gerichtet, worin er die Würzburger Satzung als verfehlt und wegen des Verbots der Tagung als verwerflich als offenen Widerspruch gegen den bayerischen Staat bezeichnet.

Schlussdienst.

Neue Kohlenpreiserhöhungen

Berlin, 24. Juli. Bei den neuen Lohnverhandlungen für den Bergbau haben die Bergarbeiterverbände eine weitere Erhöhung der Löhne um 60—80 Mark je Schicht beantragt. Die neuen Lohnforderungen betragen eine neue Perzentage um mindestens 300 bis 350 Mark je Tonne. Die letzte Kohlenpreiserhöhung der Bergarbeiter hatte eine Erhöhung der Kohlenpreise um rund 300 Mark je Tonne zur Folge gehabt.

Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne.

Berlin, 24. Juli. Die Verhandlungen über die Erhöhungen der Staatsarbeiterlöhne wurde geschlossen. Den Stundenlohn des Arbeiters in der Lohngruppe 5 ab 1. Juni um 5,10 Mark, ab 1. August um 7,50 Mark zu erhöhen. Die Auszahlung der höchsten Bezüge soll mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Berlin, 24. Juli. Die Zentralleitung der U. S. P. D. beschloß, zum Sonntag, den 1. Oktober d. J. einen ordentlichen Parteitag einzuberufen. Als Tagungsort ist Gera in Aussicht genommen. Der Parteitag wird sich in der Hauptsache mit der Frage der Verschmelzung der U. S. P. mit der S. P. D. zu befassen haben.

Die Klüft zwischen Bayern und dem Reich.

München, 24. Juli. Die Münchener Neuesten Nachrichten rechnen bei Besprechung der Krise in Bayern mit Landtagsneuwahlen und Regierungsumbildung und schreiben, niemals seit der Gründung des Reiches habe sich eine solche Klüft zwischen der Zentrale in Berlin und Bayern aufgetan wie jetzt. Die Deutsche Volkspartei Bayerns gegen die Schwärze.

München, 24. Juli. Der Landesvorstand der Deutschen Volkspartei Bayerns nahm eine Entschließung an, durch die die Gesetze zum Schutz der Republik abgelehnt werden. Besonders wendet sie sich gegen den Eingriff in die Justiz- und Polizeiherrschaft der Länder. Sie billigt die Haltung der bayerischen Regierung in dieser Frage.

Ein Polizeipräsident für Halle.

Halle, 24. Juli. Zum Polizeipräsidenten in Halle (Saale) ist nunmehr, wie angekündigt, der frühere Kölner Polizeipräsident, der Mehrheitssozialist Runge, ernannt worden. Die Ernennung eines Polizeipräsidenten für Halle wird von der Regierung als eine staatspolitische Notwendigkeit begründet.

Die Beisegung der Nathenau-Mörder.

Leipzig, 24. Juli. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden aus Bad Kösen: Auf dem Friedhofe in Saale wurden die Leichen der beiden Nathenau-Mörder Kern und Fischer in einem gemeinsamen Grabe beigesetzt. Die Särge waren reich mit Blumen geschmückt. Angehörige der früheren Brigade Ehrhardt hatten einen großen Lorbeerkranz mit schwarz-weiß-roter Schleife geschenkt. Die Särge wurden getragen von Studierenden des Technicums Saale sowie zwei Schulfreunden Kerns und ehemaligen Offizieren. Außerdem wohnten der Feier nur die Angehörigen, einige studentische Vertreter sowie verschiedene Kriminalbeamte bei.

Die Besetzung des Staatsgerichtshofes.

Leipzig, 24. Juli. Die ausführliche Zusammen-

weitere Frage beantragt? der Herren Verteidiger? der Angeklagten? ...

Vertha wollte sich erheben. Der Verteidiger der sie scharf im Auge behalten hatte, deutete sich zu ihm und rief ihr in befehlendem Tone zu: „Setzen Sie sich!“ Vertha warf einen Blick auf die Gräfin, die Tränen traten ihr wieder in die Augen, und sie gehorchte schmachvoll.

„Dann glaube ich die Frau Zeugin entlassen zu dürfen.“

Die Richter, der Staatsanwalt und die Verteidiger machten zustimmende Bewegungen.

„Frau Zeugin. Sie sind entlassen.“

Der Graf verneigte sich dankend gegen die Herren, die den Gruß höflich erwiderten. Er bot seiner Frau den Arm. Juliane hatte das kurze Verhör so furchtbar angegriffen, daß sie in halb ohnmächtigen Zustande vom Grafen und von dem Verhandlungsraum fast getragen werden mußte. Im Zimmer des Präsidenten kam sie erst allmählich wieder zu mehr zu Kräften, daß sie bis zu ihrem Wagen gebracht werden konnte, der die Unglückliche langsam dem Palast zuführte.

Die Ansagen der übrigen Zeugen waren, bis auf Gehdels Angabe über die Begabung der beiden Hauptkandidaten in der Gollnomsfrage, ohne Belang. Als letzter Zeuge wurde Hr. Durchlaucht Fürst Ulrich von Engelstein-Hyesteln vernommen.

Nachdem er den wichtigsten Aussagen Eid geleistet hatte und vom Präsidenten, wie das Gesetz es vorschreibt, darauf aufmerksam gemacht worden war, daß er Aussagen, die ihn selbst belasten würden, zu verweigern berechtigt sei, erklärte er, daß er von dieser Berechtigung keinen Gebrauch zu machen habe.

Der Zeuge ist auf ausdrückliches Verlangen des Hofte und der Vertha Schindler geladen worden. Ich vermag mir aus dem Akt und aus dem Ergebnis der Verhandlungen nicht klar zu machen, was mit der Verladung eigentlich bezweckt wird, und ich möchte um Herrn Verteidiger ersuchen, sich mir gegenüber über diesen Punkt zu äußern.“ (Fortsetzung folgt.)

Annahme der Schutzgesetze im Reichsrat.
Der Reichsrat hat am Donnerstag den 17. d. M. beschlossene Steuerentwürfe und den mit dem Schutz der Republik zusammenhängenden Gesetzen zugestimmt. Der Vertreter Bayerns erklärte, Bayern halte seinen Einspruch gegen das Gesetz zum Schutz der Republik, das Reichskriminalpolizeigesetz, das Umverteilungsgesetz und das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik aus nach dem vom Reichstag beschlossenen Verordnungen aufrecht. Von Vertretern anderer Länder wurde der Einspruch Bayerns nicht unterstützt; die Gesetze sind also rechtskräftig geworden.

Ein Fehler.

Das Attentat als „politisches Kampfmittel“.
Ein geistreicher, aber zynischer Kritiker schuf ein für das Vorkommen in Deutschland die Definition, es sei: „durch den Wundstich gemilderter Despotismus“. Das Attentat allein seien das einzige Mittel, die unumschränkte, mit absoluter Willkür gehandhabte Diktatur einzudämmen durch die Furcht und den Ehrschmerz der Selbsthaltung. Daher gingen die Verschwörungen, die einen Paul I., einen Peter III. bezielten, nicht aus der Mitte des Volkes hervor, sondern ihre Urheber und Vorkämpfer entstammten in der unmittelbaren Umgebung des Monarchen, dessen Wahlrecht die Monarchie an sich gesichert. Als Alexander I., für sein eigenes Leben zitternd, am Morgen des 25. März 1801 aus dem Munde der Mörder seines Vaters die Mitteilung von dessen „durch einen Schlagfluss“ herbeigeführtem Ende empfing, wagte er keine Frage an sie, und keinem der Mörder ward ein Haar gekrümmt.

Doch so schlimme Beispiele mußten schlimme Folgen nach sich ziehen. Die Revolutionen proklamierten den politischen Mord als ein erlaubtes Kampfmittel und hielten dem Absolutismus als ein nicht minder legitimes Prinzip den Terrorismus gegenüber. Attentat folgte auf Attentat. Der „Bar-Besitzer“ Alexander II., sein Sohn Großfürst Sergius, Minister, Gouverneure, Generale wurden von Bomben in Stücke gerissen. Und so blutige Vorgänge war allmählich die Atmosphäre geworden, daß es nur des äußeren Anstoßes durch den Weltkrieg bedurfte, um das ganze Staatsgebäude zum Zusammensturz zu bringen. Auf den Trümmern, im Chaos, thront nun der Bolschewismus.

Überblickt man, nicht ohne Schauer, diese Entwicklung, so wird man rühmlichst das Schicksal unterschreiben, daß das Attentat als „politisches Kampfmittel“ mindestens ebenso schädlich, wie es vom sittlichen Standpunkt aus verwerflich ist. Und nicht laut genug kann in unseren trüben Gegenwartstagen immer wieder ausgesprochen werden, daß, gegen Ende, die Waffe des Attentates stets zurückliegt auf diejenigen, deren Hände sie schwebelten. Als der junge Handwerkerjunge Söldel 1878 auf Kaiser Wilhelm I. einen Mordversuch unternahm, zog das Defensivgesetz jene Ausnahmefestsetzung nach sich, die unser politisches Leben so verhängnisvoll beeinflusste und die Gegenstände verschärfte, statt sie auszugleichen.

Es ist gesagt worden, ein Attentat, ein einziges, habe wirklich bewirkt, was es bewirkt hätte: Napoleon III. habe sich durch das vor der Barriere über gegen ihn unternommene Bombenattentat Kenntnis in der Tat daran erinnern lassen, daß er einstmals, in jugendlichen Jahren, als Mitglied des Bundes der Carbonari, gefangen worden, alle Kraft an die Einigung Italiens zu wenden. Aber wenn es nicht ausgeschlossen scheint, daß Desjardins Attentat, das nur mit knapper Not entging, in dem Kaiser die Franzosen den Entschluß zur Bereinigung Italiens warfen ließ, betrat der Kaiser doch damit die abschüssige Bahn, die ihn nach Sedan leitete. Der das Recht der Waffenerhebung auf Selbstbestimmung in Nationen mit dem Waf-

Spitzen.

49] Roman von Paul Lindau.
Lopyrecht 1920 by Wiemanns Verlag, Berlin W. 6.

Die Tante war sprachlos vor Erstaunen, als sie auf das klirrende Klagen der Tür ärgert öffnete und hinein sah. Sie hatte von Tag zu Tag auf den Prozeß gewartet, hatte die Nachrichten, die Zeitungen laien, beständig danach gefragt, niemand hatte ihr Auskunft geben können. Und nun stand die Tante vor ihr.

„Ja, Tante, ich bin frei! Ich bin unschuldig!“
Die Tante wollte sehr gerührt sein, aber Roze ließ dazu keine Zeit. Nachdem sie festgestellt hatte, daß ihr Vogel und ihre Katzen sich des besten Wohlstandes erfreuen, begab sie sich, ohne die an sie gestellten Fragen zu beantworten, mit der Begrüßung: „adieu Tante!“ hastig in ihr Zimmer, das sie wie immer hinter sich verschloß. Kopfschüttelnd blühte ihr die Tante nach.

Mein Gott! wie sah das Stübchen aus! Und wie erstickend stieg dumpfe Luft. Sie konnte kaum atmen.

Sie eilte zum Fenster, um es zu öffnen. Aber sie bekam sich eines anderen. Sie blühte auf die Wand. Da lag die Bibel. Sie schloß das Buch auf und schloß es verzweifelt. Hysterisch hatte sie neben dem Ofen wieder, zog den Aschenfaß hervor und griff in die Asche. Sie wühlte in der Asche und lächelte. Es war alles so, wie es sein sollte.

Nun öffnete sie das Fenster so weit es gehen wollte und ließ die frische Frühlingsluft einströmen. Währenddem legte sie ihre Sachen ab und begann sorgfältig in dem von der Hausfrau völlig durchwühlten Stübchen einigermaßen die geübte Ordnung wieder herzustellen.

Als das Stübchen geblüht war, schloß sie das Fenster abermals und zog die Gardine fest zusammen. Ueber die Asche an der Tür, die zur Kammer der Tante führte, hing sie das Handtuch. Die Tante war vielleicht doch neugierig und sah durchs Schlüsselloch.

sen unterfahrt hatte, ging zugrunde, als er sich diesem Staat in Deutschland in den Weg stellen wollte. Und Nation wäre auch ohne die Definitiven Bomben früher oder später „frei bis zur Uria“ geworden. Es gibt keine Ausnahme von der Regel, daß das Attentat als „politisches Kampfmittel“ — zumal in Perioden innerer Wirrisis und Erschütterung — nicht einmal den Anspruch erheben darf, den Mitteln beigezählt zu werden, die der Zweck heiligt.

Das Attentat ist immer und überall, nach dem weisen Worte Voltaire's: schlimmer als ein Verbrechen, es ist ein Fehler!

Dr. H. v. W.

Politische Rundschau.

— Berlin, 22. Juli 1922.
— Reichkanzler Dr. Brüning wird sich nach Beendigung der Verhandlungen im Anknüpfungspunkt Mitte nächster Woche zu einem längeren Erholungsurlaub nach Süddeutschland begeben.

— In Plymouth (England) sind auf einem amerikanischen der deutsche Vorkämpfer in Washington Edward Feldt und der Vorkämpfer in Tokio Dr. Solz eingetroffen. Beide äußerten, daß ihre Reise nicht mit der Neubestimmung der deutschen Außenministerien zusammenhänge.

— Das Preussische Staatsministerium hat den Deutschen Reichspräsidenten v. Ebert als Stellvertreter des Oberpräsidenten v. Wilmow zum Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen mit dem Sitz in Schneidemühl bestimmt.

— Zum Vorsitzenden des preussischen Disziplinarkollegiums für die Richterliche Beamte wurde der Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht Meyer ernannt.

— Der „Schlesischen Tagespost“, die für vier Wochen verboten war, ist auf Wunsch des preussischen Innenministers das Erscheinen wieder gestattet worden.

— Der Oberpräsident von Ostpreußen hat das „Ostpreussische Tageblatt“ wegen eines „Artikel eines amerikanischen Kapitalismus“ verboten auf drei Wochen verboten.

— „Versteht Herabsetzung“ der Kohlenlieferungen.
Wie die Pariser Presse zu wissen glaubt, wird die Reparationskommission, die die französischen Sachverständigen über die deutschen Kohlenlieferungen geführt hat, alsbald ihre Entscheidung über die Höhe der künftigen Kohlenlieferungen Deutschlands treffen. Die Reparationskommission wird Deutschland im Hinblick auf die Lage eine leichte Herabsetzung der verlangten Lieferungen bewilligen.

— Drehungen der Rheinlandkommission. Am 4. Juli, dem Tage der Rheinlandemission, war es in Wiesbaden nach Beendigung des Anknüpfungspunktes Augenblicke gekommen. Die Polizei gab sich alle Mühe und griff nach Kräften ein, aber die französischen Sachverständigen blieben untätig und sahen mit verschränkter Armer zu. Nimmehy hat die Interalliierte Rheinlandkommission in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten von Wiesbaden Dr. Momm und an den Wiesbadener Polizeipräsidenten Krause die Herabsetzung der Kohlenlieferungen, andernfalls sie binnen fünf Tagen wegen ihrer „Unfähigkeit“ ausgeschrieben würden. Nimmehy haben sich die Handelskammer, die Vereinigten kaufmännischen Verbände, die Landwirtschaftskammer, die Handwerkskammer, die Bezirksbauernschaft und der Landesrat des Magistrats an den Reichspräsidenten in Koblenz mit der Bitte gewandt, Schritte zu tun, damit die angebotenen Maßnahmen im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zur Wahrung des notwendigen Ansehens unterbleiben. Diese Entscheidung ist von allen politischen Parteien, von den Unabhängigen bis zu den Deutschnationalen, gebilligt worden.

— Die deutsch-belgischen Verhandlungen gescheitert. Die Verhandlungen über das deutsch-belgische Marktabkommen sind von Belgien abgebrochen worden.

Belgien weigert sich, das noch nicht liquidierte Vermögen deutscher Staatsangehöriger — dazu gehören Bankguthaben und Sparfassenbücher — freigegeben. Ferner wollte Belgien bei der teilweisen Liquidation eines Vermögenskomplexes das noch vorhandene bewegliche Eigentum aus diesem Eigentum lassen, die von dem Sequester aus diesem Eigentum längt beschlagnahmt. Die deutsche Regierung konnte da es sich besonders in ersterem Falle um Bankguthaben

gerade der Nebenrentner und Besitzer von Sparguthaben handelt, und da ferner die von belgischen Lasten in seinem Verhältnis mehr zu belgischen Gegenleistung standen, diese Bedingungen nicht ohne weiteres annehmen und strebte eine Abänderung der belgischen Anträge an. Die belgische Regierung glaubte jedoch trotz des Entgegenkommens der deutschen Regierung auf deren Vorschläge nicht eingehen zu können und brach wegen Nichtannahme der beiden Punkte die Verhandlungen ab.

— Deutschland und Polen. Zwischen dem deutschen Bevollmächtigten, Ministerdirektor von Stöckmann, und dem polnischen Bevollmächtigten, Ministerpräsident, wurde das Programm für die belgischen Verhandlungen vereinbart. Schon jetzt sieht man sich dahin, daß Polen den Durchgang der Verkehr nach Russland für Deutschland gestattet gibt und daß Deutschland hinsichtlich der Warenverkehr Polen ebenso behandelt wie andere valutaschwache Länder.

— Hauskürungen in Berlin und Münster. In Berlin wurde bei dem politischen Schriftsteller Dr. Conrad Stadler eine Hauskürung vorgenommen. Dr. Stadler in dem Verdacht steht, mit belgischen Agenten in Verbindung gestanden zu haben. Einmal an Stadler gerichtete Briefe und von ihm hergestellte Briefenkopien wurden beschlagnahmt. Stadler ist von den Behörden vor einigen Tagen auf Grund der Verordnungen zum Schutze der Republik auf die Dauer von sechs Monaten verboten worden ist. — Auch in Münster wurden Hauskürungen vorgenommen. Der Grund von Anzeigen, daß die Ortsgruppe Münster des verbotenen Bundes der Aufrechten weitergehende Material aufgefunden und beschlagnahmt worden soll. Der Schriftführer der Ortsgruppe wurde festgenommen, jedoch nach Vernehmung seitens des Gerichts, das Nachverhört der Vernehmungsgeschichte nicht für vorliegend erachtete, wieder auf freien Fuß gesetzt.

— Verschärfung bei den Deutschnationalen. Die Reichstagsabgeordneten von Gräfe und Wulke, die dem deutsch-belgischen Abkommen der Deutschnationalen Fraktion angehört haben, veröffentlichten in dem belgischen „Deutschen Abendblatt“ ihre Erklärung, in der sie sich mit dem von der Deutschnationalen Parteileitung aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossenen Abgeordneten Major Henning solidarisch erklären, schärfsten Einspruch gegen den Beschluß der Fraktion und des Parteivorstandes erheben und erklären, daß für sie unter Vorbehalt etwaiger weiterer Beschlüsse eine Beteiligung an den Arbeiten der Reichstagsfraktion nicht mehr möglich sei. Im Verlaufe des selben Abends wird diese Erklärung dahin erweitert, daß die beiden Abgeordneten aus dem Verhalten der Parteileitung die Konsequenzen gezogen und ihren Austritt aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt haben.

Rundschau im Ausland.

— Die deutsche Fraktion im polnischen Landtage stellt zwei Anträge über die Rückgabe deutscher Säulen und die Juwagenausweisung deutscher Bürger.

— Der frühere Schwedens-Gesandte in Berlin, Hoffo, soll zum außerordentlichen Gesandten Russlands in Genua ernannt worden sein.

— Die englischen Bergarbeiter haben den Anschlag

schloß in der Wilhelmstraße“ die Rede und dann hieß es: „Die Zeugnisaussagen boten kein besonderes Interesse dar. Durch dieselben wurden die schon festgestellten Tatsachen lediglich bestätigt.“ Die ganze Angelegenheit ging fast unbemerkt vorüber.

Von der Beteiligung des Fürsten an dieser widerwärtigen Sache wußten nur sehr Wenige etwas, und diese dachten an nichts anderes als an eine niederrichtige Verleumdung. Niemand sprach davon. Und in wenigen Tagen war alles vergessen.

Fürst Ulrich ermachte wie zu neuem Leben. Er gewann seine jugendliche Frische, seine alte Lustigkeit wieder. Seine Freunde bemerkten das zu ihrer großen Genugung. Sie hatten sich seiner wegen in den letzten Monaten Sorge gemacht und ihm oft zugeredet, daß er seiner Beschäftigung im Amt nicht zu übergeben, da er seine Tätigkeit wieder auf ein geringes Maß zurückzuführen dürfte, war er wieder der Alte geworden!

Die vorerwähnten Dienste, die er durch seine unermüdete Arbeit geleistet hatte, wurden abermals in anderer Weise genützt. Mit dem Titel eines Legationsrats wurde er als zweiter Sekretär an die Wiener Botschaft versetzt.

Vorher er sich auf seinen neuen Posten begab, erbat und erhielt er einen dreimonatigen Urlaub für Mat und Juni zur Erledigung einer wichtigen Familienangelegenheit.

Die Hochzeit des altlichen Paares wurde auf Montag in der Mitte des Juni gefeiert. Es war ein glänzendes, herrliches Fest. Nur eines wurde als schmerzlicher bedauert, und von niemand schmerzlicher als von der blühenden und strahlenden Alig: daß sich die Frau an dem Abend des Festes das Glied ihrer Confinen nicht setzen durfte und durch ihr noch immer andauerndes Leiden von der Freudefeier ferngehalten wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Luzernverkauf auf dem Friedhof
 Mittwoch, den 26. d. M. mittags 1/2 2 Uhr.
 Das Presbyterium

Geschlechtsleiden!

Syphilis, Gonorrhoe, Euphilia, Manneschwäche, Weiskuh, usw. kein Quecksilber, keine Einwirkung, keine Verunstaltung. Aufklärende Broschüre mit tausenden freiwilligen Dankschreiben kostenlos in verschloss. Kuvert gegen 6 Mark auch in Marken für Doppel-Versporto.

Dr. med. J. Freemann G. m. b. H.
 Sommerfeld 262 Bez. Frankfurt a. D.

Spezialärztliche Leitung.



Welches sind die besten
Liköre?

die allbekanntesten
Rückforth-Liköre
 sind die besten.

Zu haben bei

Karl Bender.

Empfehle noch:

**Nordhäuser, Rum, Cognac
 Steinhäger, Sekt**

Salatgurken

täglich frisch

Einmachgurken

auf Bestellung gibt ab

**Gärtnerei am Liebenbach
 Spangenberg**

Beabsichtige kommenden **Donnerstag, den 27. d. Mts. von nachmittags 6 Uhr ab**

sämtliches Weißbinder-Inventar

meines verstorbenen Ehemannes, sowie ein fast ganz neues

Erntewagentuch

öffentlich gegen Höchstgebot und Barzahlung zu verkaufen.

Witwe Beisheim,
 Neustadt 21

L. Pfeiffer

Bankgeschäft,

Agentur Spangenberg

Vertreten durch Herrn Apotheker **M. Woelm.**

Postcheckkonto: L. Pfeiffer, Cassel Nr. 2155 Frankfurt a. M.

Vermittlung aller bankmäßigen Geschäfte.

Scheckrechnungen

Zinssatz 3%

Depositen-(Spar-)Rechnungen

Zinssatz 3 bis 4%, je nach Kündigung.

**Heidelbeeren, Stachelbeeren,
 Johannisbeeren, Himbeeren**

läuft

Richard Mohr

Alte Zeitungen

als Einwickelpapier läuft

Richard Mohr

Dr. Kaufmann

Altmerschen

Dahnhoffstraße

hält täglich
Sprechstunden

9 bis 11 Uhr Vorm.



Schmiedemaschinen

liefern ab Lager

Wiethoff & Co. Cassel
 Wolfslucht 6 Fernspr. 3210

Frauen-Qual.

Jetzt

wird

Ihnen

gehoben

bei Störungen u. Stockungen verwenden sie meine Spezialmittel

1000de Erfolge,

vielfach in einigen Stunden, oder nächsten Tage, schmerzlos, ohne Berufsstörung, unschädlich, mit

Garantie-Schein

Tellen Sie mir mit, wie lange Sie klagten. Diskreter Versand.

Fr. Mertens, Dortmund
 Schwauenwall Nr. 31



Überall erhältlich.

Überall erhältlich.

Stempel

liefert schnell und preiswert

Buchdruckerei.

Zur Ernte offeriere

Ia. Garbenbänder

D. Wenzel, Elbersdorf.

Jetzt

ist die rechte Zeit

altes Gold u. Silber abzugeben

Kaufe laufend jedes Quantum und wenn es auch ganz kleine Gegenstände sind, wie Bro. heu Ringe, Ketten u. dgl.

zu den höchsten Tagespreisen.

Gleichzeitig hohe Preise für
 alte Zahngebisse und Brennstifte.

Friedmann's

Uhrenhandl. und Reparaturwerkstatt

Bekanntmachung.

Die Krankenkassenbeiträge für das 2. Vierteljahr 1922 von den Ortschaften: Spangenberg, Elbersdorf und Bergheim sind bis spätestens den 1. August d. Js. an unsere Hebestelle, Bankagentur Pfeiffer, Inhaber M. Woelm in Spangenberg einzuzahlen.

Gleichzeitig sind die Beiträge der übrigen Ortschaften des ehemaligen Hebebezirks Spangenberg, soweit dieselben nicht durch die Gemeindevorstände erhoben werden, bis zum genannten Termin an die Hauptkasse in Melsungen abzuliefern.

Die dann noch rückständigen Beiträge werden auf Kosten der Säumigen durch den Vollziehungsbeamten eingeholt.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Melsungen
 (auschl. Stadt Melsungen)

Gebrauchtes Fahrrad

wenn auch etwas reparaturbedürftig zu kaufen gesucht. Beim Käufer sind auch Altentfalten zu haben.

Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Wilh. Keim, Uhrmacher
 Spangenberg

Im Hause des Herrn Moritz Siebert



Großes Lager in:

Wand-Uhren

Stand-Uhren

Taschenuhren

Armbanduhren

Weckeruhren

Schwarzwälder-Uhren

Rum, Arrak, Cognac
 Nordhäuser Steinhäger
 feinste Liköre
 Rot- und Weißweine
 Sekt

Richard Mohr.